



Die Monatszeitung für das zahntechnische Labor | [www.zt-aktuell.de](http://www.zt-aktuell.de)

<b>Versicherungsvertragsrecht</b>	<b>Die Medien gezielt nutzen</b>	<b>Gerüstet für die Zukunft</b>	<b>Die eigenen Ziele erkennen</b>
VDZI-Generalsekretär Walter Winkler warnt vor Eingriffen in die Verträge zwischen Zahntechnikern und -ärzten.	Marketing-Referent Jochen Kriens zeigt, wie jeder Inhaber eines Dentallabors es schafft, die Medien für sich zu nutzen.	Wie Biokompatibilität und Tragekomfort dazu beitragen, dass Vollkeramik zur ersten Wahl unter den Patienten wird.	Über die Relevanz, die eigene Position genau zu kennen und daraus neue Wege und Strategien zum Erfolg zu finden.
<b>ZT Politik_7</b>	<b>ZT Wirtschaft_8</b>	<b>ZT Technik_10</b>	<b>ZT Service_19</b>

ANZEIGE

**dentaltrade**  
...faire Leistung, faire Preise

## Labor-Power!

**Power Sie jetzt los, die Zeit ist reif!**  
Wir beliefern Labore bis 65% unter BEL II/ BEB  
Ergänzen auch Sie Ihr Angebot professionell, um erfolgreich im Wettbewerb zu bleiben.  
Worauf warten Sie noch? Rufen Sie uns an!

**3-gliedrige NEM-Brücke**  
kompl., vollverb., zzgl. MwSt. **ab € 166,00**

- Bis zu 5 Jahre Garantie
- Kompl. zahnt. Leistungspalette
- Bundesweite Lieferung

dentaltrade GmbH & Co. KG • Grazer Str. 8 • 28359 Bremen  
☎ - freecall: (0800) 247 147 -1 • [www.labor.dentaltrade.de](http://www.labor.dentaltrade.de)

Kontroverse zur Arbeitsmarktpolitik erneut aufgeflammt

## Regierung: Streit um Kündigungsschutz

Der am ersten Novemberwochenende von Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) geäußerte Vorschlag zur Lockerung des Kündigungsschutzes stößt auf großen Unmut in SPD und Union.

(hdk) – Ausgleichend zu diesem in Dänemark erfolgreich funktionierenden Ansatz solle ein höheres aber an Auflagen gebundenes Arbeitslosengeld gezahlt wer-

Glos' Vorstoß führte jedoch zu vehementen Gegentönen. Dass der „Kündigungsschutz ein wertvolles Gut“ sei, das „auf keinen Fall aufs Spiel“ gesetzt werden dürfe,

Monaten insgesamt 258.000 neue Stellen geschaffen – die momentane Gesetzeslage funktioniere also. Eine Lockerung sei „nicht unsere Politik und es ist auch nicht die

Politik der großen Koalition“, bestätigte SPD-Chef Kurt Beck.

Kritik kam aber auch aus Unionsreihen. Gerald Weiß, der Vorsitzende des Bundesausschusses für Arbeit und Wirtschaft, wies darauf hin, dass das angesprochene dänische Vorbild nur schwerlich auf das größere Deutschland zu übertragen sei. Es bestehe schlicht kein Reformbedarf – derartige Äußerungen schufen nur unnö-



Auf deutliche Kritik stieß Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) mit seinem Vorschlag, den Kündigungsschutz stark zu lockern.

den. Arbeitnehmer würden so motiviert, Arbeit anzunehmen und Arbeitgeber, solche anzubieten.

Mit dieser neuerlichen Forderung über die Koalitionsvereinbarung hinaus fachte Glos den seit einem Jahr ruhenden Streit um die Reform des Kündigungsschutzes neu an. Unterstützung erhält Glos von Michael Fuchs (CDU), dem Vorsitzenden des Parlamentskreises Mittelstand, der argumentiert, dass die Arbeitslosigkeit so minimiert werden könne. Er halte es überdies für „vorteilhaft, im ersten Monat der Arbeitslosigkeit kein Geld auszuzahlen“.

wird der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Ludwig Stiegler von der Berliner Zeitung zitiert. Änderungen seien unnötig, denn die deutsche Wirtschaft habe in den vergangenen 12

tige Beunruhigung von Arbeitnehmern.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zeigte sich verärgert ob der Forderung Glos'. Er habe damit die guten Nachrichten über die Einigung in der Unternehmenssteuerreform verdrängt, berichtet die BZ. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla rückte die Positionen gerade: Änderungen des Kündigungsschutzes seien zwar Bestandteil des CDU-Programms, innerhalb der großen Koalition aber nun mal nicht umsetzbar. Die SPD sei, was die Kontroverse betraf, „verbrettert“. **ZT**

ANZEIGE

**dentona**

**aesthetic-base® gold**

Der brillante Stumpfschlips mit optischer CAD/CAM-Elgung – von führenden Experten empfohlen!

[www.dentona.de](http://www.dentona.de) Tel: +49 (0) 201 25 59 -0

Krankenkassen warnen vor Beitragsanstieg und Leistungskürzungen

## Gesundheitsreform erklimmt letzte Hürde

Der viel und heiß diskutierte Gesetzentwurf zur anfänglich als „Jahrhundertreform“ bezeichneten Gesundheitsreform wurde kürzlich von Koalition und Bundesländern beschlossen und wird nun die letzte Hürde erklimmen: die Debatte im deutschen Bundestag.

(kr) – Nach einem Jahr voller Streitigkeiten, Diskussionen und zahlreichen Eckpunkt-Entwürfen wurde am 25. Oktober der 540-seitige Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform beschlossen und liegt nun dem Bundestag zur Debatte vor. Bis zum Jahresende soll eine Einigung erzielt werden und damit eine abschließende Beratung des Bundesrates im Februar stattfinden. Die von Koalition und Bundesländern beschlossene Reform soll planmäßig am 1. April 2007 in Kraft treten, 2009 sollen der geplante Gesundheitsfonds und der neue Kassen-Finanz-

ausgleich folgen. Trotz harter Kritik aus allen Reihen hält Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) an der Reform fest und spricht von einem „guten Gesetz“ und „großem Fortschritt für das deutsche Gesundheitswesen“.

Ab 2009 sollen alle Krankenversicherungsbeiträge von Arbeitnehmern und -gebern sowie Zuschüsse aus Steuer-

gesünderer Mitgliederstruktur. Als Zugeständnis an Bayern und Baden-Württemberg findet innerhalb des Fonds ein regionaler Finanzausgleich statt: In einer „Konvergenzphase“ sollen jährlich höchstens 100 Millionen Euro mehr als heute von den reichereren südlichen Bundesländern an die ärmeren nördlichen Länder gezahlt werden. Sollte eine Kasse nicht mit dem zugeteilten Betrag auskommen, kann sie einen Zusatzbetrag fordern, der maximal ein Prozent des Haushaltseinkommens beträgt. Abweichend davon konnte die Union die Erhebung einer Kopfpauschale von acht Euro durchsetzen. Damit liegen allerdings Bürger mit einem monatlichen Einkommen unter 800 Euro über dem maximalen Zusatz-

betrag.

ANZEIGE

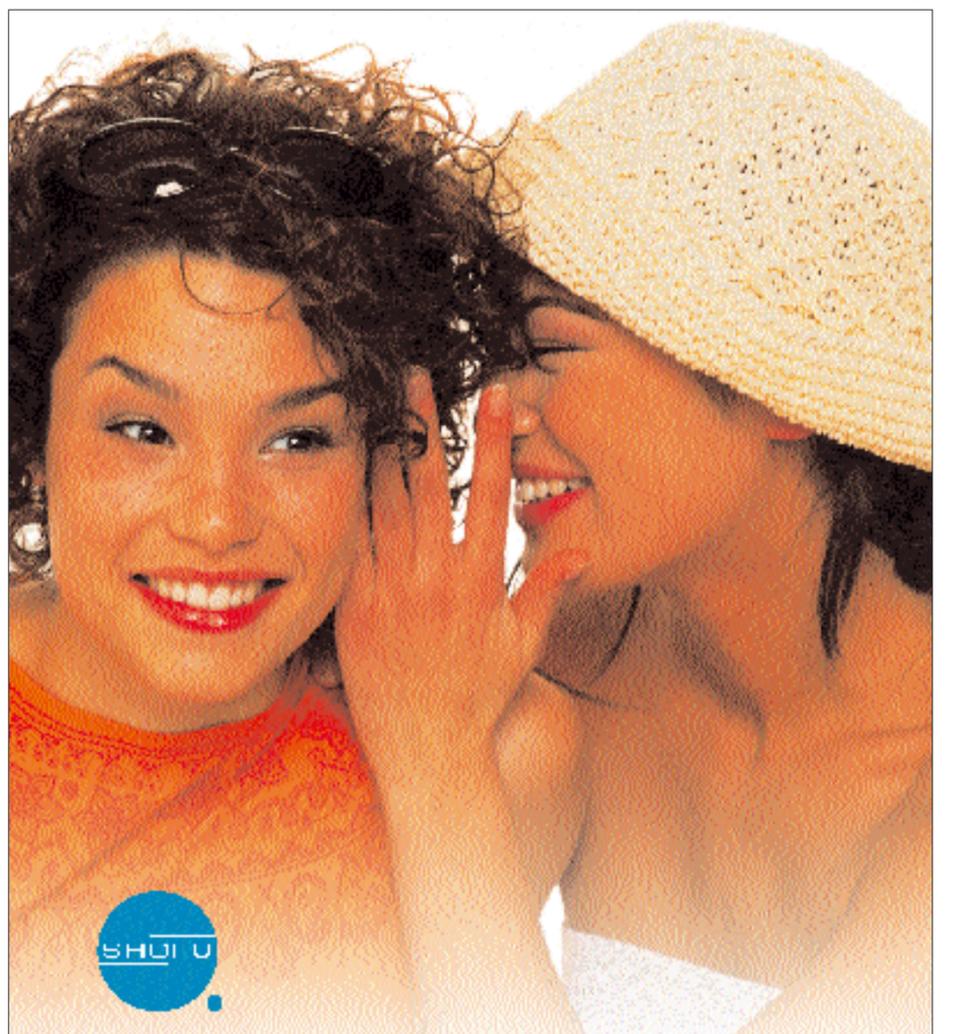
**Carat** *Meta Decamark*

Farb-Optik und Natürlichkeit

Tel.: 0203/99 269-0  
[www.hagen-erfunde.de](http://www.hagen-erfunde.de)

mitteln in den sogenannten Gesundheitsfonds fließen. Die gesetzlichen Krankenkassen (GKV) erhalten daraus von der Bundesregierung einheitlich festgelegte Beiträge. Dabei erfolgt ein Risikostrukturausgleich, demnach Kassen mit mehr Kranken und Alten mehr Geld bekommen als Kassen mit

**ZT Politik\_4**



ANZEIGE